

3.10. Global denken, lokal handeln: Für eine faire und friedliche Welt

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.10.2018
Tagesordnungspunkt: TOP 3.3. Weltoffen (Kapitel und Projekte)

Antragstext

1 Durch die Globalisierung ist die Welt kleiner geworden. Mit ihr werden alle Folgen unseres Handelns auch
2 in Brandenburg deutlicher und direkter spürbar. Während die anderen Parteien zumeist noch im
3 nationalstaatlichen Rahmen denken, haben wir Bündnisgrünen frühzeitig auf die globalen Auswirkungen
4 unserer Lebens- und Wirtschaftsweise aufmerksam gemacht. Die Auseinandersetzung um die neuen
5 Fluchtbewegungen zeigt beispielhaft, welche Auswirkungen dies auf die Politik hat: Während die politische
6 Rechte und auch große Teile der Linken sich auf Maßnahmen konzentrieren, die Fluchtwege unpassierbar
7 zu machen, konzentrieren wir Bündnisgrüne uns auf die Fluchtursachen. Auf den ersten Blick mag das nach
8 Außen- und Entwicklungspolitik klingen, aber auch Brandenburg kann einen Beitrag dazu leisten, dass die
9 Welt für möglichst alle Menschen friedlich und fair wird. Wir wollen nicht auf Kosten anderer leben. Wir
10 wollen, dass kein Mensch flüchten muss.

11 **Zur Beilegung militärischer Krisen beitragen**

12 Während sich ausgerechnet die rot-rote Landesregierung über neue Ansiedlungen von Rüstungsfirmen in
13 Brandenburg freut und die verkappte Militärshow der Internationalen Luftfahrtausstellung (ILA) fleißig
14 fördert, wollen wir Brandenburg zu einem Ort der zivilen Krisenprävention machen.

15 Alle Einsätze der Bundeswehr - ob im nationalen oder multinationalen Rahmen - werden grundsätzlich
16 vom Einsatzführungskommando der Bundeswehr in Geltow geplant und geführt. Brandenburg muss
17 gegenüber der Bundesregierung einfordern, dass von Geltow aus keine Einsätze ohne völkerrechtliche
18 Mandate geplant oder geführt werden.

19 Wir wollen die Friedensforschung fördern und die gesellschaftliche Debatte über Militärforschung
20 vorantreiben. Die Annahme von Drittmittelprojekten für Militärforschung an Hochschulen und
21 Universitäten soll transparent werden. Hochschulen sollen gefördert werden, wenn sie sich in freiwilligen
22 Selbstverpflichtungen (Zivilklauseln) zum Verzicht auf rüstungsnahe Forschung bekennen. Zur Beratung
23 und unabhängigen Bewertung sind Kommissionen nach dem Vorbild der Ethikkommissionen in der
24 Medizinforschung zu schaffen. Wie bereits in Rheinland-Pfalz geschehen, wollen wir auch in Brandenburg
25 eine Friedensakademie gründen. Mit ihr sollen die vielen verschiedenen friedenspolitischen Initiativen
26 Brandenburgs vernetzt werden. Sie soll Friedensfachkräfte für die Konfliktprävention und Nachsorge vor
27 Ort ausbilden und qualifizieren, sowie Forschung und Lehre anwendungs- und lösungsorientierter
28 Friedensarbeit leisten. Auch inwieweit Umweltveränderungen zu Konflikten führen, soll analysiert werden.
29 Zur

30 Finanzierung können die eingesparten Mittel der ILA-Förderung herangezogen werden.

31 **Als öffentliche Hand nachhaltiges und fair Wirtschaften**

32 Unsere Lebens- und Wirtschaftsweise hat Auswirkungen auf andere Teile der Welt. Leergefischte Meere,
33 aufgrund von Klimawandel devastierte Landstriche, Müllhalden unseres Mülls, Wasserknappheit aufgrund
34 von Futtermittelexporten nach Europa, Regenwaldabholzungen, militärische Konflikte mit aus Deutschland

35 exportierten Waffen uvm. Nicht alles davon kann die Brandenburger Politik lösen. Mit weit über drei
36 Milliarden Euro Vergabevolumen pro Jahr sind Brandenburgs Landes- und Kommunalverwaltungen
37 wichtige Auftraggeber und könnten damit Vorreiter einer nachhaltigen Entwicklung sein – vor allem auch,
38 wenn es um den Import von Produkten geht. So können wir stärker unseren Einfluss auf die
39 Produktionsbedingungen andernorts geltend machen. Nachhaltigkeitskriterien, wie der ökologische
40 Fußabdruck von Produkten, Klimaneutralität sowie faire Löhne und Produktionsbedingungen in den
41 Herkunftsländern spielen bislang keine oder eine nur sehr untergeordnete Rolle. Entscheidungen werden
42 hierzulande immer
43 noch zu häufig am Beschaffungspreis und zu wenig an den Lebenszykluskosten eines Produktes
44 ausgerichtet.

45 Wir wollen daher das Brandenburger Vergaberecht ändern. Außer der Einhaltung von Tarifbindung und
46 Mindestlöhnen bei allen beauftragten Unternehmen sollen künftig auch Nachhaltigkeitskriterien für die zu
47 beschaffenden Produkte verbindlich vorgeschrieben werden. Für die Beschaffung von Importprodukten
48 sind, soweit möglich, Zertifizierungen vorzuschreiben, die die Einhaltung der Arbeitsnormen der
49 Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zum Schutz vor Ausbeutung und Verbot von Kinderarbeit
50 gewährleisten oder zur nachhaltigen Bewirtschaftung wie z.B. eine Zertifizierung nach dem "Forest Steward
51 Ship Council" (FSC) vorschreiben. Die Beachtung dieser Kriterien wird auch das Verantwortungsbewusstsein
52 in breiten Bevölkerungskreisen im Sinne von „Global denken, lokal handeln“ sehr positiv beeinflussen. Dazu
53 kommen die in Pensionsfonds, Versicherungen, Aktien, Anleihen etc. angelegten Mittel. Im Rahmen einer
54 Divest-Strategie wollen wir diese Mittel von Unternehmen abziehen, die z.B. fossile
55 oder nukleare Energieträger stützen, Waffen herstellen oder vertreiben, Pflanzen oder Saatgut
56 gentechnisch verändern oder Tierversuche bei Kosmetika durchführen. Alle Brandenburger Behörden
57 sollen zudem mit dem EU-Öko-Audit (EMAS) zertifiziert werden.

58 Eine Globalisierung ohne starke Regeln nützt vor allem globalen Konzernen und vergrößert die weltweite
59 Ungleichheit und verschärft die Fluchtursachen, statt sie zu lindern. In der Logik der aktuell von der EU
60 verhandelten Handelsabkommen CETA (EU-Kanada), TTIP (EU-USA), JEFTA (EU-Japan) und TiSA (weltweites
61 Dienstleistungsabkommen) gelten Regulierungen zum Schutz von Mensch und Umwelt als störende
62 Handelshemmnisse. Zugleich sollen durch die angedachten Investor-Staat-Schiedsgerichtsverfahren
63 Unternehmen unnötige und gefährliche Klageprivilegien gegen staatliche Regulierung erhalten. Im
64 Bundesrat lehnen wir deshalb CETA ab. Die Verhandlungen zu TTIP und dem Dienstleistungsabkommen
65 TiSA wollen wir stoppen und fordern einen Neustart der europäischen Handelspolitik. Wir setzen uns für
66 gerechte Handelsregeln ein, die fairen Wettbewerb und eine ressourcenschonende Produktionsweise
67 fördern und Beschäftigte und Verbraucher*innen schützen.

68 **Die Eine Welt in Brandenburg**

69 Unabhängig davon, ob Menschen aus unmittelbarer Angst um Leib und Leben fliehen oder aufgrund
70 wirtschaftlicher Aussichtslosigkeit emigrieren, ist eine ökonomische und sozialpolitische Zusammenarbeit
71 mit den betroffenen Regionen zur Bekämpfung der Ursachen notwendig. Wir wollen nach dem Vorbild
72 anderer Bundesländer in Absprache mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und
73 Entwicklung mit einer Region eine konkrete und breit aufgestellte Entwicklungspartnerschaft aufbauen,
74 aus der viele Menschen emigrieren und/oder flüchten. Ziel ist eine langfristige Kooperation von Wirtschaft,
75 Kommunen, Hochschulen, Kirchen und Zivilgesellschaft. Dabei kann auf etablierte Verbindungen und
76 Vorleistungen aufgebaut und diese fortentwickelt werden. Dabei wollen wir mit den
77 Entwicklungsorganisationen wie die Stiftung Nord-Süd-Brücken (SNSB) und VENROB e.V., das
78 entwicklungspolitische Landesnetzwerk in Brandenburg einbinden, auch um neue Verbindungen für den
79 Fairen Handel und die Eine-
80 Welt-Läden herzustellen. Ziele wären z.B. eine industriepolitische Zusammenarbeit zum Ausbau der
81 Erneuerbaren Energien, Menschenrechtsdialoge, Unterstützung des Gesundheitssystems oder eine
82 agrarpolitische Zusammenarbeit unter Einbeziehung der Hochschule für nachhaltige Entwicklung (HNE)
83 Eberswalde, des Leibniz-Zentrum für Agrarlandschaftsforschung Müncheberg (ZALF) und dem Deutschen
84 Institut für Ernährungsforschung (DIFE) in Potsdam-Rehbrücke.